

Hartmut Häussermann: Die soziale Dimension unserer Städte – von der »Integrationsmaschine« zu neuen Ungleichheiten

Die europäische Stadt hat in den letzten Jahrzehnten ihre klassische Funktion als soziale Nivellierungs- und Integrationsinstanz weitgehend verloren. Wachsende ökonomische Ungleichheiten und flexiblere Lebensformen prägen heute das Bild der Stadt. Segregation in unterschiedlichen Quartieren, Residualisierung einkommensschwacher Bevölkerungsteile und zugleich Gentrifizierung führen zu einer innerstädtischen Polarisierung. Hartmut Häussermann stellt im internationalen Vergleich unterschiedliche Konzepte vor, mit denen auf diese Spannungen innerhalb der Städte reagiert wird. Städtische Politik muss dabei sowohl dem weiteren Abstieg sozial benachteiligter Gruppen entgegenwirken als auch die Interessen der neuen urbanen Kreativmilieus berücksichtigen, deren stadtfixierter Lebensstil in sozialen Netzwerken auch auf häufig wechselnde, unsichere Erwerbslagen und berufliche Ansprüche reagiert.

Die meisten großen Städte in Europa haben sich im Laufe der Industrialisierung entwickelt. Sie waren die Orte, an denen eine neue Gesellschaft entstand: die Industriegesellschaft, gekennzeichnet durch die rasch wachsende Masse unqualifizierter Lohnarbeiter, die eine neue Klasse im Sozialgefüge der Städte bildeten. Die enorme Leistung der Städte im Laufe des 20. Jahrhunderts bestand in der Integration und Assimilation dieser Klasse, die dem Bürgertum zunächst nur als rebellische unzivilisierte Masse erschienen war. Mit dem Auf- und Ausbau eines umfassenden Systems von Infrastruktureinrichtungen und eines Planungsapparates, mit der Entwicklung des Sozialstaates und ab 1918 auch einer sozialen Wohnungspolitik entstand die »fordistische Stadt«, die auf der Grundlage von industriellem Wachstum und zunehmendem Massenkonsum zu einer »Integrationsmaschine« wurde. Bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dies von Helmut Schelsky als »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« beschrieben. In der Tat orientierten sich Stadtentwicklung und Wohnungspolitik seit den 1920er Jahren an der Vorstellung einer »modernen« Stadt, in der Klassenunterschiede eingeebnet sind und die Lebenswirklichkeit von einem vereinheitlichten modernen Lebensstil der »breiten Schichten des deutschen Volkes«, wie es im Wohnungsbauförderungsgesetz hieß, geprägt ist. Die Standardisierung im sozialen Wohnungsbau war dafür ebenso Ausdruck wie die starken Suburbanisierungsbewegungen, die durch das

Leitbild der Kleinfamilie motiviert und deshalb auch politisch durch Zuschüsse und Steuernachlässe gefördert wurden.

Die starke Sogkraft der »Mitte« bewirkte im Laufe des 20. Jahrhunderts tatsächlich eine gewisse Homogenisierung der Lebensverhältnisse und der Lebensstile in den Städten. Am Ende des 20. Jahrhunderts erlebte dieses Modell den Beginn einer Erosion, die zu tiefgreifenden Veränderungen in den Formen des Zusammenlebens und in der sozialräumlichen Struktur der Städte führte. Der Strukturwandel der städtischen Ökonomie, die damit zusammenhängenden Veränderungen auf den Arbeitsmärkten, die Finanzkrise der öffentlichen Hand und die zunehmende Individualisierung und Pluralisierung von Lebensformen haben nicht nur die Beziehungen zwischen Privathaushalten und städtischer Umwelt verändert, sondern auch die Rolle der Stadtverwaltungen bei der Gestaltung dieser Umwelt. Hatte in der »fordistischen Stadt« die Stadtpolitik eine zentrale Rolle gespielt bei der Gestaltung der Voraussetzungen für das Wachstum von Arbeitsplätzen und Bevölkerung sowie beim Ausbau der städtischen Infrastruktur, die eine höhere Lebensqualität und mehr Chancengleichheit bewirken sollte, so bleibt der Stadtpolitik in der »postfordistischen« Stadt zunehmend eine eher moderierende Funktion. Private Investoren und zivilgesellschaftliche Akteure übernehmen hingegen in stärkerem Maße Steuerungsfunktionen.

Von der »Integrationsmaschine« zu neuen Ungleichheiten: Die Stadt im Wandel

In den europäischen Städten gibt es drei Trends, die die Sozialstruktur und die soziale Kohäsion der Städte nachhaltig verändern. Dabei handelt es sich um

1. eine wachsende Einkommensungleichheit, die aus dem Wandel der ökonomischen Struktur von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft resultiert;
2. eine wachsende ethnisch-kulturelle Heterogenisierung, die neue Herausforderungen für die gesellschaftliche Integration und die soziale Kohäsion mit sich bringt;
3. eine zunehmende Ökonomisierung im Bereich der technischen Grundversorgung und eine fortschreitende Privatisierung im Bereich der Wohnungsversorgung, die sich in einer Zunahme von individuellem Wohneigentum und einem Umbau des Systems der sozialen Wohnraumversorgung äußert.

Der öffentliche Einfluss auf die sozialräumliche Entwicklung der Städte wird durch die rasche Abnahme von Belegungsbindungen und durch den Verkauf kommunaler Wohnungsbestände laufend geringer.

Neuere Analysen der Einkommensverteilung in Deutschland zeigen, dass seit dem Jahr 2000 die Anteile der unteren Einkommensgruppen (unterhalb von 70 Prozent des Median-Jahreseinkommens) sowie die Anteile der Bezieher von hohem Einkommen (mehr als 150 Prozent des Median-Jahreseinkommens) auf Kosten des Anteils der mittleren Einkommen zunehmen. Das abnehmende Gewicht der mittleren Einkommen und das zunehmende Gewicht der niedrigsten und der höchsten Einkommen kann als ein Prozess der Polarisierung bezeichnet werden. Während die hohen Löhne in der verarbeitenden Industrie in der lang anhaltenden Phase wirtschaftlichen Wachstums nach dem Zweiten Weltkrieg

auch den gering qualifizierten Arbeitern den Anschluss an die Lebensstile und das Konsumniveau der Mittelschichten ermöglichen, ist mit der in den 1970er Jahren einsetzenden Deindustrialisierung und Tertiärisierung der städtischen Ökonomie eine neue Differenzierung verbunden. Die meisten einfachen Arbeitsplätze in der Massenproduktion sind in den Städten inzwischen verschwunden, dagegen wachsen in der Dienstleistungsökonomie einerseits die sehr gut bezahlten, hoch qualifizierten Arbeitsplätze in den »wissensbasierten« bzw. »kreativen« unternehmensbezogenen Bereichen und andererseits die sehr schlecht bezahlten Arbeitsplätze in den personenorientierten Diensten. Dadurch verliert die »Mitte« bei der Einkommensverteilung an Gewicht; eine Polarisierung zeichnet sich ab. Hinzu kommt der Verlust von Stabilität. Immer häufiger sind Arbeitsverträge befristet, was zu Unterbrechungen beim Einkommensbezug führen kann. Insbesondere in den kreativen Berufen ist die Projektförmigkeit der Beschäftigung stark verbreitet. Die lebenslange Beschäftigung mit stetig wachsendem Einkommen, gleichsam der Normalfall in der fordistischen Ära, ist für immer weniger Beschäftigte noch Realität. Wie Umfragen immer wieder zeigen, schlägt sich dies in einer größer werdenden Unsicherheit und Zukunftsangst auch bei den Qualifizierten in der Mittelschicht nieder.

Diese Entwicklung ist Teil einer Veränderung der Städte auch in anderer Hinsicht:

1. Die Städte erleben einen Wandel von einer hinsichtlich der Nationalität und ethnischen Herkunft weitgehend homogenen Bevölkerung zu einer multinationalen, multikulturellen Stadtbevölkerung. In London haben die Anteile von Bevölkerung mit Migrationshintergrund bereits einen Wert von fast 50 Prozent erreicht. Auch in einigen deutschen Städten liegt dieser Anteil bei etwa 40 Prozent.

2. Die relativ eindeutigen Klassen- und Schichtungsstrukturen in den Städten wandeln sich in der Postmoderne zu einem Gebilde aus kulturell differenzierten Milieus, deren Interessen und Ansprüche an die Stadt sich erheblich unterscheiden und die sich nicht mehr zu einheitlichen »Interessensblöcken« formieren lassen.

3. Dieser Wandel ist gekennzeichnet durch eine abnehmende Bedeutung der »Mitte«, auf deren Vergrößerung und Verbreiterung die sozialstrukturelle Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg so deutlich hinauszulaufen schien. So war etwa der soziale Wohnungsbau in Deutschland auf die »breiten Schichten der Bevölkerung« ausgerichtet, denen einheitliche Bedürfnisse und Lebensstile unterstellt wurden. Diese soziale »Mitte« ist heute durch die - von der Globalisierung und Ökonomisierung des Sozialen verursachten - Unsicherheiten in zunehmendem Maße betroffen. Zukunftsängste führen dazu, dass der Wunsch nach Abstand zu den Problembeständen in den Städten wächst. Die Mittelschichten werden von einer Art »Statuspanik« erfasst, die zu einer verstärkten Sorge um die Zukunft der Kinder führt.

4. Die Versuche, den prekären Entwicklungen in der Gesellschaft zu entgehen, schlagen sich auch räumlich nieder. Soziale Schließung führt dazu, dass die Quartiere der integrierten Bevölkerungsgruppen sozial immer stärker entmischt werden. Die Segregation der einkommensschwachen Haushalte geht von der »Mitte« aus.

Die Gesellschaft ändert sich. Sie differenziert sich stärker aus und sie wird heterogener. Dieser soziale Wandel vollzieht sich relativ rasch, er stößt sich gleichsam an den beharrlicheren Strukturen der Städte. Daraus entstehen Konflikte und Problembereiche in den Städten, die nicht mehr wie früher vor allem durch bauliche Maßnahmen gesteuert werden können, sondern die

in zunehmendem Maße komplexe und integrierte Strategien erfordern. Der städtische Wandel hat zwei Gesichter: »Gentrifikation«, d. h. soziale und bauliche Aufwertung von Quartieren einerseits, und »Residualisierung«, d. h. die Konzentration einkommensschwacher Haushalte in »benachteiligten« Quartieren andererseits. Beide Prozesse hängen zusammen, denn »Gentrifikation« führt zur Verdrängung von Haushalten mit niedriger Kaufkraft aus den innerstädtischen Lagen, die sich dann immer stärker in jenen Segmenten des Wohnungsmarktes konzentrieren, wo ihnen der Zugang noch möglich ist.

Nachfolgend soll zunächst auf den Prozess der »Residualisierung« eingegangen werden, um danach auf den Wandel zu sprechen zu kommen, der hinter der »Gentrifikation« steht.

»Residualisierung« der Benachteiligten – Probleme und Strategien im internationalen Vergleich

Der sozialräumliche Wandel in den Städten folgt nicht überall dem gleichen Muster. In Städten wie Paris, London oder Kopenhagen, die ein starkes Wachstum der Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften aufweisen, ist er durch eine Verdrängung der untersten Einkommensgruppen aus der Innenstadt geprägt, wo sich Inseln mit Haushalten mit einem relativ geringen Einkommen nur noch dort halten können, wo es einen öffentlichen bzw. sozialen Wohnungsbestand gibt. In anderen Städten, wie beispielsweise in Berlin, ergibt sich eine Konzentration der untersten Einkommensgruppen an den Rändern der City, in der Innenstadt, aber auch in den Großsiedlungen am Stadtrand. Dort entstehen die Quartiere »mit einem besonderen Entwicklungsbedarf«, wie es im Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« heißt - eine Umschreibung der zunehmenden Konzentration von Bevölkerung mit multiplen sozialen Problemlagen. Ob der Wandel sich eher als Peripheri-

sierung der Armut oder als Konzentration in innerstädtischen Gebieten darstellt: Gemeinsam ist beiden Erscheinungen die Herausbildung von Quartieren, von denen befürchtet wird, dass sie »Kontexteffekte« entfalten, durch die ihre Bewohner zusätzlich zu ihrer schwierigen sozialen Lage benachteiligt werden. Diese Gebiete einer »Residualisierung« entstehen umso eher, wenn eine Steuerung der Wohnungsbelegung aufgrund der abnehmenden Bestände an sozialem Wohnungsbau in den innerstädtischen Bereichen zunehmend schwieriger wird.

Im »Monitoring Soziale Stadtentwicklung« der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin wurde im letzten Bericht gezeigt, dass sich die Quartiere am obersten und am untersten Rand in einer Skala, die anhand der Problemdichte gebildet wurde, immer stärker auseinanderentwickeln. Von den 64 Quartieren, die anhand von sozialen Indikatoren als Gebiete mit einem hohen sozialen Status eingestuft wurden, haben sich im Laufe eines Jahres 39 noch weiter in eine Richtung entwickelt, die durch noch weniger soziale Probleme gekennzeichnet ist. Auf der anderen Seite der Stadt, in den Gebieten mit einem niedrigen sozialen Status, hat sich die Mehrheit der Quartiere dagegen weiter negativ entwickelt. Die Ränder der Stadt streben also weiter auseinander. Es ist daher gerechtfertigt, von einer sozialräumlichen Polarisierung zu sprechen.

In London, der ökonomisch am stärksten wachsenden Stadt in Europa, ist eine flächendeckende soziale Aufwertung der inneren Stadtgebiete zu beobachten. Die Räume für Haushalte mit niedrigem Einkommen werden immer enger, sie werden an den Rand verdrängt. In Paris ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten; hier sind früher durch sozialen Wohnungsbau im Umland der Stadt, in der »Banlieue«, Wohnungen entstanden, die für die »breiten Schichten der Bevölkerung« gedacht waren,

die aber heute überwiegend von Migranten bewohnt werden. Paris hat seine Armut sozusagen ausgelagert, es ist ein starker sozialer Gegensatz zwischen innerer Stadt und Peripherie entstanden. In Berlin dagegen bilden sich die stärker werdenden sozialen Gegensätze in größeren Diskrepanzen zwischen Quartieren innerhalb des Stadtgebietes ab. Die besonders von sozialen Problemlagen charakterisierten Quartiere liegen nördlich und südlich der Innenstadt sowie an den Rändern der Stadt in Ost und West, wo sich in den dort noch vorhandenen sozialen Wohnungsbeständen zunehmend die armen Haushalte konzentrieren.

Diese Entwicklungen haben eine mangelhafte Integration von Migrantengruppen zur Folge, wenn deren Segregation durch Wohnungsvergabe oder durch Diskriminierung in den »besseren Vierteln« entstanden ist. Diese Gruppen werden dadurch stark segregiert, es bilden sich erhebliche Konzentrationen von Quartieren mit hoher Problemdichte. Diese Situation hat insbesondere im Bildungsbereich eine ausgrenzende Konsequenz, denn in den Schulen sind die Anteile von Schülern mit niedrigen Leistungen bzw. mit einer fremden Muttersprache sehr viel höher als in den Quartieren selbst. Die Ursache dafür ist, dass sich die einheimischen Mittelschichten aus diesen Quartieren zurückziehen und so zur weiteren Konzentration von Haushalten mit geringem sozialen und kulturellen Kapital beitragen.

Die Zuspitzung der sozialen Gegensätze zwischen den Quartieren dürfte eine sinkende Attraktivität der Städte zur Folge haben, da sich bei fehlender sozialer Kohäsion Unsicherheitsgefühle in der Stadt verbreiten – bis hin zu gewaltsamen Eruptionen, wie sie insbesondere in den »Banlieues« der französischen Großstädte in den vergangenen Jahren zu beobachten waren. Für die Bewohner solcher Gebiete, die durch eine Kumulation von multiplen Pro-

blemlagen (Arbeitslosigkeit, Transferabhängigkeit, soziale Desorganisation) gekennzeichnet sind, entsteht durch den Ort, wo sie wohnen, eine Einschränkung ihrer Lebenschancen, die das Ziel sozialer Fairness bzw. sozialer Gerechtigkeit verletzt.

Insbesondere angesichts der Bevölkerungsprognosen, die alle zeigen, dass die Anteile junger Menschen in Zukunft kleiner werden, wird ein Eingreifen der Stadtpolitik immer dringlicher. Quartiere der Benachteiligten sind zu benachteiligenden Quartieren geworden. Die Kontexteffekte, die in den Quartieren mit hoher Problemdichte entstehen, müssen bekämpft bzw. neutralisiert werden. Für die Jugendlichen ist dabei die extreme Segregation von bildungsfernen Schichten in den Schulen das Hauptproblem, für die Bevölkerung insgesamt ist es die Netzwerkmangel, d.h. der Mangel an sozialem und kulturellem Kapital, das solchen Quartieren, die kulturelle und soziale Gemeinschaften bilden, zunehmend fehlt. Dadurch bilden sich Milieus der Apathie und Resignation, es verbreitet sich eine Mentalität des Versagens, die sich die Bewohner selbst zuschreiben oder aneignen. Die dadurch entstehende soziale Ausgrenzung wurde in Frankreich als »soziale Apartheid« bezeichnet, ein Ausdruck, der die höher werdende Schwelle zwischen drinnen und draußen dramatisch akzentuiert.

In allen europäischen Ländern, die von diesen Entwicklungen betroffen sind, sind inzwischen nationale Programme eingerichtet worden, die diesen Tendenzen begegnen sollen. Nachfolgend werden fünf Beispiele genannt, die zeigen, dass es sehr unterschiedliche Strategien gibt.

In England wurde vor über zehn Jahren, als die Labour-Partei die Regierung übernommen hatte, ein Programm gestartet, das das Ziel verfolgt, niemanden durch den Ort zu benachteiligen, an dem er wohnt. Dazu

wurden auf zentraler Ebene indikatoren-gesteuerte, gebietsbezogene Strategien entwickelt, die laufend kontrolliert und evaluiert werden. Das Leitbild der englischen Politik ist es, die Wettbewerbsfähigkeit und die soziale Kohäsion gleichzeitig zu fördern, also Notlagen zu bekämpfen, Lebenschancen zu erhöhen und dies durch eine gesamtstädtisch integrierte Politik miteinander zu verbinden.

Die französische Quartierspolitik hat sich über drei Phasen entwickelt: Zunächst wurden im Stile von Gemeinwesenarbeit die Bewohner und ihre Organisationen gefördert, um das soziale Kapital zu stärken. In einer zweiten Phase entstand eine auf die Entwicklung des gesamten Quartiers gerichtete Strategie, die Steuerbefreiungen für Unternehmen und eine positive Diskriminierung bei der Infrastruktur umfasste. So wurden z.B. Schulen bei der Ausstattung mit Lehrern bevorzugt, öffentliche Einrichtungen erneuert und - wo sie fehlten - hinzugefügt. In der dritten, gegenwärtigen Phase der Quartierspolitik ist die französische Regierung zu einem direkten Angriff auf die Segregation übergegangen, die neuen Schlagworte heißen: »Mixité, Mixité, Mixité!« Durch den Abriss von Wohnblöcken in den Großsiedlungen und durch den Neubau von Sozialwohnungen an anderer Stelle soll eine Desegregation herbeigeführt werden. Alle Städte mit einer Einwohnerzahl über 20.000 sind gesetzlich verpflichtet, etwa 20 Prozent ihres Wohnungsbestandes als sozialen Wohnungsbau auszuweisen, um die hohe Konzentration von Bewohnern, die auf solche Wohnungen angewiesen sind, abzubauen.

In den Niederlanden ist ein Gesetz erlassen worden, das es den Kommunen erlaubt, Gebiete abzugrenzen, für die sie eine Zuzugssperre für Haushalte mit sehr niedrigem Einkommen erlassen können. Dort dürfen Bewohner, die in den letzten vier Jahren nach Holland zugezogen sind und die weni-

ger als das 1,5fache des Sozialhilfeniveaus als Einkommen haben, nicht mehr zuziehen. Ihnen werden Wohnungen in anderen Quartieren zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig werden Quartiere mit einer hohen Problemverdichtung durch Eigentumsbildung, höherwertigen Wohnungsbau und durch gezielte Aktionen der Nutzung von leerstehender Infrastruktur aufgewertet. Am Rande der Städte werden Großsiedlungen umgebaut, Abriss und Neubau von Sozialwohnungen gehören ebenfalls zu dieser Strategie.

In Deutschland gibt es seit dem Jahre 2001 das Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Die Soziale Stadt«. Das Programm hat zum Ziel, die Abkoppelung von Quartieren von der gesamtstädtischen Entwicklung zu bremsen bzw. in ihr Gegenteil zu verkehren. Mittel dazu ist das »Empowerment« der Bevölkerung, d. h. ihre Beteiligung an gebietsbezogenen Entscheidungen und die Bereitstellung von Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden. Dazu gehören integrierte Strategien der Gebietsentwicklung, in denen Fachpolitiken miteinander verzahnt werden sollen. Die Programme des Stadtumbaus in Ost und West richten sich vor allem auf Quartiere, in denen durch den Wohnungsbestand eine Problemverdichtung entstanden ist bzw. in denen leerstehende Wohnungen die Quartiersentwicklung nachhaltig beeinträchtigen. In der Wohnungsbaupolitik dominiert die Privatisierung von Wohnungen. Durch die Stadtumbauprogramme werden Abrisse gefördert, es gibt allerdings keinen Neubau von Sozialwohnungen als Bestandteil einer Strategie der nationalen Stadtentwicklungspolitik. Es gibt kaum Möglichkeiten für die Stadtpolitik, neue Arbeitsplätze in den Quartieren zu schaffen, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist. Und wenn sich die Quartierspolitik auf die Entwicklung endogener Potentiale richtet, wie häufig proklamiert wird, dann müssen zwangsläufig schulische und berufliche

Qualifikationen ins Zentrum der Bemühungen rücken. Diese sind auch genau diejenigen Bereiche, für die negative Kontexteffekte am ehesten zu erwarten sind.

Einen völlig anderen Ansatz verfolgt das amerikanische Ministerium für Stadtentwicklung. Nach einem ersten Zugriff auf die Blocks des »Public Housing«, die allerdings nur einen minimalen Anteil an der Gesamtwohnungsversorgung ausmachen, ist das experimentelle Programm MTO (»Moving To Opportunity«) aufgelegt worden, das einen Modellversuch in fünf großen Städten (New York, Los Angeles, Chicago, Baltimore und Boston) darstellt, in dessen Rahmen einzelnen Haushalten die Möglichkeit zum Umzug aus einem deprivierten Gebiet in ein suburbanes Mittelschichtgebiet ermöglicht wird. Dadurch sollen die Haushalte von den Kontexteffekten befreit und ihre Entwicklungschancen verbessert werden. Das Programm wird sorgfältig evaluiert.

Die Quartiersentwicklung ist, was ihre soziale Problemdichte angeht, abhängig von den Rahmenbedingungen, die durch den Arbeitsmarkt und die Institutionen der sozialen Sicherung gebildet werden. Das zentrale Ziel der Strategien in allen fünf Ländern ist es, die Kontexteffekte zu neutralisieren. Quartiere sollen entwickelt, soziales Kapital gestärkt, Exklusion bekämpft werden. Dies kann durch die Stärkung der örtlichen Wirtschaft und die damit einhergehende Ausweitung des Arbeitsangebotes geschehen sowie durch die Stärkung des sozialen Kapitals in den einzelnen Quartieren. Ein Merkmal der meisten nationalen Strategien ist die Desegregation durch Abriss und Neubau von Sozialwohnungen, aber auch durch die Steuerung der Wohnstandorte von Haushalten mit großen sozialen Problemen. Schließlich versucht das amerikanische Programm, durch die Förderung der Mobilität einen Wechsel des Kontextes für einzelne Haushalte herbeizufüh-

ren, mit dem die Perspektiven der darin lebenden Personen verbessert werden sollen.

»Gentrifikation« – die neuen urbanen Milieus und ihre flexiblen Arbeits- und Lebensformen

In den letzten Jahren ist viel von der Revitalisierung beziehungsweise Renaissance der Innenstädte die Rede. Sowohl beim »Stadtumbau«, bei dem es um die Anpassung von Stadtstrukturen und Wohnungsbeständen an eine schrumpfende Bevölkerungszahl geht, als auch bei der Förderung von Investitionen in den Städten steht die »Stärkung der Innenstadt« immer im Zentrum. Auch private Investoren bevorzugen wieder innerstädtische Standorte bei der Errichtung von Einkaufszentren, der öffentliche Raum wird aufgewertet, Kultureinrichtungen werden modernisiert oder neu errichtet.

Nach Jahrzehnten des Bevölkerungsverlustes der großen Städte an ihr Umland hat sich die Suburbanisierungsbewegung inzwischen abgeschwächt, die Bevölkerungszahlen vieler Großstädte nehmen wieder zu. Verantwortlich dafür ist eine neue Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum, der vor allem von jüngeren Haushalten mit einem hohen Bildungsniveau ausgeht. Zwar sind keineswegs alle Absolventen von Hochschulen in der Lage, hohe Mieten beziehungsweise Kaufpreise für modernisierte Wohnungen zu bezahlen, aber in den Lebensstilen hat sich doch eine entscheidende Veränderung ergeben: Während früher mit dem Abschluss der Berufsausbildung und dem Einstieg in ein Beschäftigungsverhältnis häufig die Abwanderung ins Umland verbunden war, bleiben solche Haushalte nun häufiger in der Stadt wohnen.

Dafür gibt es zwei wesentliche Gründe: Zum einen bietet der einschlägige Arbeitsmarkt heute nur noch wenigen eine Perspektive,

die eine langfristige Finanzplanung (und Verschuldung) zum Kauf eines Hauses ermöglicht. Gerade bei den modernen kreativen Berufen, die in der wissensbasierten Ökonomie der Städte eine immer größere Bedeutung bekommen, haben befristete beziehungsweise prekäre Beschäftigungen ein hohes Gewicht. In diesem Berufssegment wird eine hohe zeitliche Flexibilität erwartet, zudem treten häufig Phasen von Nichtbeschäftigung auf. Arbeit ist immer öfter in Projektform organisiert, man muss »am Ball bleiben«, um nach Ablauf des gegenwärtigen Projektes wieder bei einem nächsten mit anderen Partnern mitmachen zu können. Um den Kontakt zu diesem Arbeitsmarkt nicht zu verlieren, muss man in den entsprechenden Milieus beziehungsweise Netzwerken präsent sein. Der Ort dafür sind sehr häufig die multifunktional gemischten innerstädtischen Altbaugebiete, in denen es auch eine große räumliche Flexibilität gibt. Das Wohnen in der Innenstadt wird so gleichsam zu einer Frage der existentiellen Sicherheit. Zum zweiten ist inzwischen das Bildungsgefälle zwischen Mädchen und Jungen weitgehend abgebaut, so dass sich immer mehr Paare finden, bei denen beide Partner einen akademischen Abschluss haben. Auch die jungen Frauen wollen ihre erworbenen Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt verwerten, sie sind – abgesehen davon, dass die Männer immer seltener einen »Familienlohn« beziehen – in immer geringerer Zahl bereit, sich nur um Haushalt und Kinder zu kümmern. Wenn aber ein Alltag mit zwei Berufstätigen organisiert werden muss, in dem von beiden eine hohe Flexibilität in zeitlicher und räumlicher Hinsicht erwartet wird, sind kurze Wege eine Notwendigkeit. Dieses Problem potenziert sich, wenn Kinder im Haushalt leben. Das Leben in der suburbanen Region, bei dem die Arbeits-, Schul-, Freizeit- und Wohnorte durch Pendeln mit dem individuellen Pkw verbunden werden müssen, setzt im Grunde eine Vollzeitarkbeitskraft voraus: die Hausfrau. Da sich aber aus

den genannten Gründen auch Frauen in immer geringerer Zahl für diese Tätigkeit zur Verfügung stellen, geht der Suburbanisierung gleichsam das Personal aus. »A professional woman needs a wife«, formulierte eine englische Soziologin bereits in den 1980er Jahren, und Elisabeth Pfeil hat bereits früher festgestellt, welche große Bedeutung die »ambulante Oma« für die Haushalte mit jüngeren Kindern hat.

Dieser Wandel des Lebensstils, der auf das engste verbunden ist mit dem Wandel der Rolle der Frauen in unserer Gesellschaft, hat also zur Folge, dass sich eine räumlich und funktional geringere Trennung zwischen Wohnen und Arbeiten gerade bei den Haushalten entwickelt, die in den Segmenten der städtischen Ökonomie tätig sind, die die höchsten Wachstumsraten aufweisen. In den innerstädtischen Quartieren ist das Leben mit Kindern aber nur dann leichter, wenn die Haushalte in soziale Netze und ein Netzwerk von unterstützender Infrastruktur eingebunden sind, die zeitliche Flexibilität und die Verbindung von Eltern- und Arbeitsrolle ermöglichen. Da gerade bei der gemeinsamen Erziehung von Kindern, etwa durch wechselseitiges Beaufsichtigen in der Wohnung oder durch Übernachtungen bei Freunden, sehr stark auf die Ähnlichkeit von Erziehungsvorstellungen und kulturellen Standards geachtet wird, werden kulturell sehr homogene Milieus bevorzugt. Wer sein Kind in Obhut anderer gibt, will sich sicher sein, dass die Bedürfnisse des eigenen Kindes nicht missachtet werden und dass der Umgang auch entsprechend »kultiviert« ist. Diese Sorge erstreckt sich auch auf Kindergärten und Schulen, wodurch sich dort eine immer stärkere Segregation nach Bildungsniveau und Lebensstil herausbildet.

Angesichts der demographischen Entwicklungen sind die Städte immer mehr darum bemüht, junge und qualifizierte Menschen anzuziehen. Ein günstiger Arbeitsmarkt ist

dafür natürlich eine zentrale Voraussetzung. Aber die Möglichkeit, nach eigenen Vorstellungen sein Leben einrichten zu können, wird – Stichwort »postmaterielle Orientierung« – doch auch sehr hoch bewertet. In allen großen Städten haben sich inzwischen innerstädtische Quartiere mit einer vielfältigen funktionalen Mischung herausgebildet, die zunehmend von jüngeren Bewohnern mit einem hohen Bildungsniveau bewohnt werden. Dies stellt für die Städte eine wichtige Ressource dar, denn der »Kampf um die Köpfe« wird zu einem immer wichtigeren Element in der Standortkonkurrenz.

Aus dem bisher Gesagten sollte deutlich geworden sein, dass sich die Lebensstile in den Städten und damit auch die Bedürfnisse in verschiedenen Stadträumen stark auseinanderentwickeln. Auf der einen Seite sind vor allem die Sicherungen durch den traditionellen Wohlfahrtsstaat und die Förderung durch ein modernisiertes Bildungssystem von fundamentaler Wichtigkeit. Auf der anderen Seite ist die Entwicklung von neuartigen Unterstützungssystemen für neue Arbeits- und Lebensformen notwendig.

Die Stadtpolitik kann sich also immer weniger an einem biographischen Modell und an einer Standardform von privaten Haushalten orientieren. Verschiedene Unterstützungsleistungen sind an verschiedenen Orten gefragt. Das »soziale Kapital«, das sich in den Quartieren auf die eine oder andere Weise bildet, sieht sehr verschieden aus und muss durch sehr verschiedene Strategien unterstützt werden.

Die »modernen« (fordistischen) Vorstellungen vom Leben und von der Organisation der Stadt sind in eine Krise geraten, wobei insbesondere die Standardisierung von Leistungen den gegenwärtig sich ausdifferenzierenden Bedürfnissen und Nachfragen immer weniger gerecht wird. Die durch die räumliche Konzentration von problembeladenen Haushalten entstandenen Situationen

lassen befürchten, dass sich Milieus mit negativen Kontexteffekten verfestigen. Wie die Stadtpolitik darauf reagieren kann, ist bisher noch keineswegs geklärt - häufig wird in den Städten noch nicht einmal das Problem wahrgenommen. Die skizzierten Ansätze in verschiedenen Ländern zeigen, welche Suchbewegungen derzeit unternommen werden. Die neuen Lebensstile in innerstädtischen Altbauquartieren, die mit einer wieder wachsenden Kinderzahl verbunden sind, verdienen aber genauso die Aufmerksamkeit der Stadtpolitik und die Entwicklung innovativer Konzepte, um die Bewältigung des immer komplexer werden- den Alltags zu unterstützen.